

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirates Kürenz am Donnerstag, den 24.05.12

Der Ortsbeirat Kürenz möge beschließen, die Stadtverwaltung zur baldmöglichsten Umsetzung folgenden Antrags zu beauftragen und dem Stadtrat schnellstens zur Abstimmung vorzulegen:

Die Avelsbacher Straße wird von der Kreuzung am Grüneberg / Einfahrt Domänenstraße bis zur Bahnunterführung (oder evt. auch bis zur Ampelkreuzung im Wasserweg) durch entsprechende Schilder und Straßenmarkierungen als Straße ausgewiesen, in der als Höchstgeschwindigkeit Tempo-30 gilt.

Begründung:

Der Lärmpegel in der Straße hat sich durch die Winterreifenpflicht seit 2011 (von Oktober bis Anfang Mai) erheblich und hörbar erhöht. Dies erfordert Gegenmaßnahmen, weil (der möglicherweise eingebaute) Schallschutz während dieser Zeit (wenn überhaupt) nur noch unzureichend wirksam ist.

Zählungen der Verkehrsdichte ließen schon im Jahre 2000 auf einen Lärmpegel rückschließen, der über der Gesundheitsgrenze lag.

Der Verkehr hat aber seit dem Jahre 2000 merklich zugenommen (vgl. den Ausbau der Höhenstadtteile), so dass eine verträgliche „Ruhe“ in der Avelsbacher Straße nur noch dann erreicht wird, wenn zur rush-hour (bedingt durch einen längeren Stau) weitgehend Schrittverkehr für alle Fahrzeuge herrscht. – Außerhalb der rush-hour nutzen sowohl PKWs als auch LKWs sowie zunehmend auch Stadtbusse der SWT (!) die aufsteigende Strecke zum überhöhten Gasgeben, was vermehrt Spitzenwerte des Lärms oberhalb des Gesundheitsgrenzwertes erzeugt.

Der Lärm potenziert sich gegenüber der Belastung des Aveler Tals durch einen Tunneleffekt und Sogeffekt in der Avelsbacher Straße bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h. Der Lärm kann hier nicht abziehen. Da die Stadt nicht bereit ist, punktuelle Messungen in der Straße vor Ort vorzunehmen, ist sie in der Beweispflicht, Gegenteiliges nachzuweisen und nicht nur durch (unzulässige topographische) Vergleiche mit anderen Straßen zu errechnen, wie bisher.

Auch LKWs rasen von morgens (ca. ab 5.00 Uhr) bis in die späte Nacht (ca. 23.00 Uhr) und zwar mitten auf der Straße. Die in der Mitte der Straße angebrachten Kanaldeckel lösen sich unter der Last der Schwertransporter und Sattelschlepper sowie unter den zahlreichen LKWs mit Doppelachsanhänger oder unter den großen Gelenkbussen der SWT und klappern mittlerweile bei jedem Gefährt.

Unter der Tonnenschwere der LKWs (besonders derjenigen zur Nahrungsversorgung der Höhenstadtteile und den Sonderfahrten zum Bundeswehrversuchsgelände) vibrieren die Gebäude und Decken in mehrstöckigen Wohnhäusern immer wieder anhaltend.

Die Pseudoargumentation, eine Landstraße könne nicht auf einem kleinen innerstädtischen Streckenabschnitt auf Tempo 30 eingeschränkt werden, stimmt nicht! Es gibt einige Gegenbeispiele: Die Franz-Georg-Straße wird mit Tempo 30 befahren, obwohl sie im Navi als Landstraße ausgewiesen ist, ebenso wie die Landstraße in und nach Igel, etc. - Der Stadtverwaltung liegt ein Briefwechsel aus dem Jahre 2010/11 vor, indem sich verschiedene Bundestagsabgeordnete positiv zum Thema „Tempo 30“ auf Landstraßen äußern – man muss es vor Ort nur durchsetzen wollen!

Zudem:

- Lärmschutz geht einher mit der Lebensqualität städtischen Wohnens, das nachhaltiges und ökonomisches Wohnen ist.
- Lärmschutz ist Bestandschutz, weil es ein Abwandern von Eigentümern in Außenbezirke verhindert.
- Lärmschutz im Bereich tradierter Stadtviertel wie z.B. Altkürenz folgt dem Prinzip der Gleichberechtigung, weil Lärmschutz dann nicht nur für Neubauviertel (Tempo-30 auf dem Petrisberg), sondern auch für gewachsene Altbauviertel gilt.
- Lärmschutz wird durch Geschwindigkeitsbegrenzung erreicht! (Wenn es staut, hört man nichts!)
- Lärmschutz darf nicht gegen Feinstaubbelastungen, die ebenso gesundheitsschädlich sind, ausgespielt werden. Wenn beide Belastungen an der Grenze des erträglichen liegen, muss „umfassend“ gehandelt werden – was allerdings seit Jahren vollbewusst nicht geschieht (siehe: z.B. Nichtumsetzung der Stadtratsvorlage 063/2007)!

Wer allerdings meint, gegen den Antrag argumentieren zu müssen (wie bisher leider immer wieder einige Vertreter besonderer Parteien) sollte sich überlegen, ob er sich 2004 nur aus populistischen Gründen mit der BI „Lebenswertes Kürenz“ solidarisiert hat? Er muss klären, ob er seine eigene Parteiideologie ausreichend kennt und wie er ernsthaft Geschwindigkeitsbegrenzungen andernorts legitimieren kann: Es ist immer eine prinzipienorientierte Moral, die auch in diesem Fall zum Wohle der Anwohner und zur Lösung eines altbekannten Problems in Kürenz eingefordert werden muss (- und nicht das individuelle Bedürfnis, möglichst schnell vom Berg in die Stadt zu gelangen und zurück).

Alle Maßnahmen, die bisher im Ortsbeirat erwogen und/oder beschlossen wurden, wurden bisher von der Stadtverwaltung stur abgelehnt oder einfach nicht umgesetzt (wie z.B. eine Tempo-30-Zone oder zuletzt Geschwindigkeitsdisplays). Das muss ein Ende haben!

Johannes Verbeek (parteilos)